

FABER: STAHLKNECHT KASSIERT DIE UNSCHULDSVERMUTUNG

erschienen am 20. Februar 2013
[Faber](#), [Ordnung](#), [Recht](#),
[Sicherheit](#)

Magdeburg. Zur aktuellen Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes für Sicherheit und Ordnung durch den Landtag erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende der FDP, Marcus Faber:

"Der Vorschlag der CDU-Sachsen-Anhalt, den Innenministern Holger Stahlknecht (CDU) kassiert die Unschuldsvermutung.

Permanente Videoüberwachung, Telekommunikationsüberwachung, Erleichterung Bewegungsprofile, Handyüberwachung, die Abschaltung ganzer Handynetze, gezielte Handyortung von und Zwangsmaßnahmen gegen Minderjährige und gesellschaftlichen Randgruppen, dies ist der Stahlknechts Maßnahmenkatalog gegen den Rechtsstaat und die Unschuldsvermutung.

Der Innenminister der amtierenden Regierung aus CDU und SPD zeigen mit diesem Gesetz, dass sie den Bürger in Sachsen-Anhalt nicht glauben und haben sich dazu entschlossen, ihn zu entmündigen und unter Generalverdacht zu setzen. Die FDP als Rechtsstaatspartei und lehnt dies ausdrücklich ab.“

Faber meint abschließend, dass die ersten, die bei einer liberalen Regierungsbeteiligung zu hören sind, die bei